Nummer 153

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Freitag, 30. März 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Herbert Reutner. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wolfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die neue Landtagsmehrheit in Bayern.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Dr. E. S. **München**, 28. März.

Die Besoldungsvorlage für die Gehaltserhöhung der bayerischen Beamten, die durch die plötzliche Extratour des in der Regierungskoalition sitzenden Bayerischen Bauernbundes zeitweise gefährdet erschienen war, im Besoldungsausschuß aber en bloc verabschiedet worden, hat nun im Plenum des Landtages mit 73 gegen 43 Stimmen, also mit beachtlicher Mehrheit, ihre endgültige Annahme gefunden. Damit sind die in Bayern amtierenden Beamten, von denen etwa ein Drittel dem Staate Bayern, zwei Drittel dem Reiche unterstehen, in den Gehaltsklassen gleichgestellt. Eine andere Lösung, das heißt eine ohne Zweifel berechtigte und erwünschte Besserstellung der unteren Beamten, war nicht durchführbar „wollte man nicht eine unterschiedliche Behandlung der nebeneinander tätigen Beamten Bayerns und des Reichs eintreten lassen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Verabschiedung der Vorlage zu begrüßen.

Was aber hat sich hinter den Kulissen abgespielt? Warum hat der mit einigen recht radikalen Elementen durchsetzte Bayerische Bauernbund, der nun seit acht Jahren in der Regierungskoalition sitzt und bei keiner Vorlage, selbst bei der Regelung des neuen Konkordats, das weltanschaulich nicht nach dem Geschmack dieses linken Flügels war, auch nur mit der Wimper gezuckt, warum, so fragt man sich, hat dieser alte Koalitionsbruder hart vor Toresschluß versagt? Zugegeben sei, daß in unserer parlamentarisch übersättigten Zeit zum Schluß der Legislaturperiode bei den Volksboten die Versuchung herantritt, mehr an die nächsten Wähler zu denken als an die absolute Notwendigkeit der Erfüllung der zunächst liegenden parlamentarischen Aufgaben; das taktische Moment tritt in den Gesichtskreis und beeinträchtigt die objektive Betrachtung. So erging es dem Bayerischen Bauernbund, der, zwischen Rechts und Links stehend, eine nicht sehr ausgeprägt profilierte, mehr verbindende, nivellierende Mittelpartei darstellt. In ihm sitzen politisch christliche und linksrevolutionäre Elemente dicht beieinander. Stand doch der niederbayerische Bauer Gandorfer, ein Gesinnungsfreund Kurt Eisners, auf dem linken Flügel; erst beider gewaltsamer Tod gab der brodelnden Bewegung innerhalb der Bauernschaft einige Ruhe und Stetigkeit. Nun hat der Bauernbund zwar die Staatsnotwendigkeit der Beamtenbesoldungsvorlage anerkannt, wollte sich aber nur zur Erfüllung bis zur Gehaltsklasse von 7000 Mark bekennen, um den radikalen Wählermassen seine soziale Gesinnung besonders zu demonstrieren. Das Manöver aber erwies sich als zu durchsichtig, die Wähler dürften nicht recht an dieses soziale Bekenntnis glauben und bei seinen übrigen Koalitionsbrüdern, der Bayerischen Volkspartei und den vereinigten Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hat der Bauernbund, sagen wir einmal, einen starken Bruchteil seines Kredits eingebüßt. Er hat sein Cannae erlebt, trotz der eifrigen Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion, die zur Abstimmung im Plenum einen ihrer geschicktesten Redner vorgesandt hatte.

Diese entscheidende öffentliche Sitzung des bayerischen Landtags bekam ein denkwürdiges Gesicht, denn die plötzlich brüchig gewordene Regierungskoalition hatte von einer Seite Zuzug erhalten, die sonst in grundsätzlicher oder gelegentlicher Opposition gestanden. Für die abtrünnig gewordenen 12 Bauernbündler traten 13 Völkische, Nationalsozialisten, Demokraten und Mitglieder des Zentrums ein. Diese 13 „Freiwillige an die Front" retteten eine Vorlage, die sonst dem nächsten Landtag als unwillkommenes Erbe hinterlassen worden wäre. Eine solche Mehrheit in letzter Stunde brächte den Gedanken nahe, daß hier vielleicht eine neue Koalition des kommenden Landtags im Entstehen begriffen ist. Keineswegs, wenigstens soweit die Nationalsozialisten, die Demokraten und vorläufig wohl auch das Zentrum in Frage kommen. Anders bei den Völkischen, von denen etliche ihre alten Beziehungen zu den ihnen gesinnungsverwandten Deutschnationalen nie ganz abgebrochen und neuerdings wieder betonter aufgenommen und die bei den kommenden Landtagswahlen und überhaupt in Zukunft noch enger mit diesen zusammenwachsen werden. So wurde eine vielumstrittene, zeitweilig in Frage gestellte Vorlage mit starker Mehrheit angenommen, ein Sturm im Wasserglas hat sich ausgetobt, der Berg hat eine Maus geboren.

Und wie steht es mit der brüchigen Regierungskoalition? Der dem Bayerischen Bauernbund zuzuzählende Landwirtschaftsminister Fehr hatte im entscheidenden Ministerrat der Hinausgabe der Besoldungsvorlage formal und vollinhaltlich seine Zustimmung gegeben. Wir haben also hier das seltene Schauspiel erlebt, daß eine Parlamentsfraktion „justament", wie man in ländlichen Kreisen sagt, eigene Wege gegangen ist und damit ihren eigenen Minister desavouierte. Damit ist die Regierungskoalition, wie gesagt, zwar brüchig, aber nicht, wie ihre Gegner meinen, aufgelöst. Ihr Ende kann sie nur durch ein zufällig entstehendes oder absichtlich herbeigeführtes Mißtrauensvotum finden. Dann würde die Regierung, entsprechend dem parlamentarischen Brauch, unverzüglich zurücktreten, um für die Dauer des bald nach Ostern zu Ende gehenden Landtags einem Geschäftsministerium Platz zu machen. Diese Wendung kann trotz der allmählich einsetzenden Tagungsmüdigkeit und Osterstimmung über Nacht eintreten, denn das freie Spiel der politischen Kräfte liebt zu Ueberraschungen.

Bayern-Krise auf dem Höhepunkt.

Austritt des Bauernbundes aus der Koalition gefordert.

München, 29. März.

Die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben heute abend an den Bayerischen Bauernbund ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, daß sich nach der einmütigen Auffassung der beiden Fraktionen die Fraktion des Bayerischen Bauernbundes durch ihre Haltung bei den Verhandlungen über das Beamtenbesoldungsgesetz selbst außerhalb der Koalition gestellt habe. Ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Bayerischen Bauernbund sei dadurch unmöglich gemacht worden. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß der Bayerische Bauernbund die Rechte einer Koalitionspartei nicht mehr in Anspruch nehme und seinen Vertreter aus der Regierung zurückziehe.

Edwin Parker bestätigt.

Washington, 29. März.

Der Senat bestätigte die Ernennung Edwin Parkers, der vom Präsidenten Coolidge zum Schiedsrichter in der Frage der Entschädigung für beschlagnahmte deutsche Schiffe und Patente in Amerika bestellt wurde.

— **Stresemann bei Hindenburg.** Der Reichspräsident empfing gestern den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zum Vortrag.

Prügelei unter Brüdern.

Der Reichstag als Kampfarena der Marxisten.

Das dem sterbenden Reichstage in den letzten Tagen gespendete Lob, die Anerkennung seines raschen und sachlichen Arbeitens, seiner neuerlichen (allerdings recht überraschenden) Selbstdisziplin muß nach den wüsten Szenen, die sich gestern abend in der Plenarsitzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ereigneten, leider wieder stark eingeschränkt werden. Was sich gestern zu Beginn der zehnten Abendstunde im Hause des deutschen Parlamentes abspielte, nämlich eine solenne Massenkeilerei zwischen Vertretern des deutschen Volkes, hat man früher freilich an dieser Stätte auch schon erlebt. Da sich derartige Vorgänge aber seit geraumer Zeit, wenigstens im Reichstage, nicht mehr ereigneten, hatte man sich der Hoffnung hingegeben, daß der unschöne Brauch, politische Meinungsverschiedenheiten statt mit Geist und Mund mit den Fäusten auszutragen, allmählich auch der Mode gekommen sei und einer gesitteteren Kampfesweise Platz gemacht habe. Daß diese Hoffnung trügerisch war, zeigte der gestrige Abend.

Die politische Aussprache zur dritten Lesung des Reichshaushaltes war bereits beendet, die Einzelberatung des Justizetats schon einige Stunden im Gange. Man debattierte über die gescheiterte Amnestievorlage nicht gerade ruhig, aber auch nicht übermäßig erregt. Dann kam der Kommunist Höllein, bekannt wegen seiner nicht eben urbanen Umgangsformen, auf die Tribüne, beschimpfte in dröhnendem Baß die Sozialdemokraten und redete sich allmählich in heisere Wut. Protestrufe auf den Bänken der Sozialdemokratie. Hohngelächter der ultraroten Genossen. Die Gemüter erhitzen sich. Das Stimmungsbarometer steigt bedrohlich. Aber noch bricht der Sturm nicht los. Erst als Herrn Höllein der Sozialdemokrat Landsberg auf der Tribüne abgelöst hat und gerade seine Rede beginnen will, kommt es zur Explosion. Eine Meute heulender Moskau-Jünger macht plötzlich einen Vorstoß gegen das Redepult. Drohrufe, geballte Fäuste. Den Sozialdemokraten wird um die leibliche Sicherheit ihres Genossen Landsberg bange. Zehn, zwölf Abgeordnete werfen sich zwischen den Redner und die anstürmenden Kommunisten. Zusammenprall, ohrenbetäubender Lärm, Faustschläge, ringende, stürzende Körper, blutige Köpfe und Nasen. Erfolglos gellt die Glocke des Präsidenten. Die Sitzung muß unterbrochen werden. Nachspiel: Der Kommunist Jadasch wird als Urheber des Tumultes festgestellt. Vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen, antwortet er mit rüdem Lachen, geht auch nicht nach der zweiten, der dritten Aufforderung, bleibt, von seinen Genossen als Held (trauriger Held!) gefeiert, hartnäckig im Saale. Schließlich der übliche Ausgang: **Die Beratungen können in Anwesenheit des renitenten und der Anweisung des Präsidenten spottenden „Volksvertreters" nicht weitergeführt werden.** Die — heute schon allzu stark lädierte — Würde des Hauses verbietet es. Der Ruf nach Polizei verhallt erfolglos. Eine — nun hoffentlich aber bald ausgefüllte! — Lücke in der Geschäftsordnung des Reichstages gibt dem Präsidium nicht die Möglichkeit zu einer feinerzeit im preußischen Landtage mit Erfolg angewandten Entfernung eines widersetzlichen Abgeordneten durch die staatlichen Ordnungsorgane. Es bleibt nichts übrig, die Sitzung muß auf heute vertagt werden.

Die Annalen des deutschen Reichsparlamentes sind wieder um einen unerfreulichen, höchst unerfreulichen Vorfall reicher.

Stresemann gegen Westarp.

Stegerwald über die Gegensätze im Zentrum. — Wirth will „die Welle der Reaktion" überwinden.

In der gestrigen Reichstagssitzung erhielt Abg. Schreck (Soz.) während der Rede des Abg. Graf Westarp (Dnatl.), die wir in ihrem Hauptinhalt bereits im Abendblatt brachten, wegen beschimpfender Zurufe zwei Ordnungsrufe. Graf Westarp schließt unter dem stürmischen Beifall der Deutschnationalen: Wir freuen uns über die kurze und klare Kampfansage des sozialdemokratischen Redners. Wir werden diesen Kampf entschlossen aufnehmen.

Abg. Dr. Stegerwald (Z.) erkennt an, daß von der Regierung in den letzten Jahren eine Fülle von Arbeit geleistet worden sei. Die zerrüttete deutsche Wirtschaft habe sich ihren Platz in der Weltwirtschaft wieder errungen. Deutschland habe heute die beste Sozialversicherung der Welt. (Widerspruch b. d. Komm.) Wenn Sie (nach links) wüßten, wie vor dem Kriege die Rechtslage der Arbeiter war, dann würden Sie die erzielten Fortschritte nicht ableugnen. Wir müssen verhüten, daß durch die Verfolgung wirtschaftlicher Spezialinteressen eine allgemeine Volksverdrossenheit Platz greift. Das Saargebiet hat am vorigen Sonntag deutlich den entschiedenen Willen zur baldigen Rückkehr nach dem deutschen Mutterlande gezeigt. (Beifall.) **Die Forderung der allgemeinen Abrüstung wird nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion der**

Politische Wende im östlichen Mittelmeer.

Vor einem Schieds- und Neutralitätsvertrage Türkei-Griechenland.

Aussichtsreiche Verhandlungen in Genf.

EP **Genf**, 29. März.

Die türkische Delegation zu den vorbereitenden Abrüstungsverhandlungen hat ihren verlängerten Aufenthalt in Genf in den letzten Tagen zu Besprechungen mit dem griechischen Außenminister Michalakopoulos benutzt, das sich zur Erholung in der Nähe von Genf aufhält. Die Besprechungen zwischen Michalakopoulos und Tewfik Ruchdy Bey galten in erster Linie der Beseitigung der zwischen den beiden Ländern noch bestehenden strittigen Punkte aus dem Lausanner Vertrag und der gesamten Liquidation der Nachkriegskonflikte zwischen Griechenland und der Türkei. Nachdem der außerordentlich schwierige Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland durch das großzügige Flüchtlingswerk zu einem gewissen Abschluß gebracht worden ist, bleiben zwischen den beiden Staaten noch verschiedene Sequester- und Schadenersatzfragen bestehen, mit deren Regelung bisher eine gemischte griechisch-türkische Kommission betraut war. Trotz verschiedener Sonderabkommen zwischen den beiden Staaten zur Erledigung dieser Restfragen ist es der Kommission bisher nicht gelungen, ihre Aufgabe zu vollenden. Die Durchführung der Bestimmungen des Lausanner Vertrages würde auf diesem Wege sich mindestens zehn Jahre hinzegogen haben, weshalb die beiden Außenminister es für angezeigt hielten, die Liquidation in Zukunft zu beschleunigen, indem die gesamten Streitfragen einem Schiedsgericht oder unter Umständen einem neutralen, mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Liquidator zur Regelung anvertraut werden. — Darüber hinaus ist jedoch von beiden Seiten eine engere politische Zusammenarbeit ins Auge gefaßt worden. Die Verhandlungen zwischen den Außenministern haben sich auch auf den Abschluß eines Abkommens für eine gegenseitige Begrenzung oder Beschränkung der Seerüstungen erstreckt. Dieses Abkommen soll einen ersten Schritt zu einem Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrage bilden, der eventuell auf der Grundlage der von dem Sicherheitskomitee ausgearbeiteten Modellschiedsverträge abgeschlossen werden soll.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen eröffnet nach Ansicht beider Parteien günstige Aussichten für das Zustandekommen eines solchen Vertrages, der für die gesamte Mittelmeerpolitik eine fundamentale Wendung bedeuten würde, da damit der bisherige Gegner Griechenlands aus den Reihen der Mächte ausscheiden würde, deren kleinasiatische Interessen schon verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Türkei geführt haben.

Italienische Flottenforderungen für Tanger?

Die Liste der römischen Ansprüche wird immer länger.

TU **Paris**, 29. März.

Ueber den Verlauf der gegenwärtig in Paris tagenden Tangerkonferenz verlautet, daß über die italienischen Forderungen bisher noch nicht verhandelt worden ist. Italien vertritt beharrlich den Standpunkt, daß die verschiedenen internationalen Abmachungen, die Frankreich und Spanien in Marokko Sonderrechte einräumen, auf Tanger nicht anwendbar seien. Italien verlangt daher vollkommene Gleichberechtigung mit Frankreich und Spanien. Es würde sich auch nicht mit der Leitung des Gesundheitsamtes und des Straßendienstes begnügen, sondern eine Vertretung in der Hauptverwaltung und im Zollwesen fordern. Es wünscht außerdem mit den öffentlichen Arbeiten ebenso betraut zu werden, wie Frankreich und Spanien. Nicht uninteressant ist auch die Mitteilung des „Intransigeant", der befürchtet, daß Italien das Ziel verfolge, der italienischen Flotte im polizeilichen Dienste von Tanger eine gewisse Rolle zu sichern.